

**INHALT**

Vorwort	
Impressum	1
<b>Soziales</b>	
▪ Rentenreform	2
▪ Integration Schwerbehinderter ins Berufsleben	3
<b>Aktuelle Stunde</b>	
▪ Dosenpfand ökologisch sinnvoll	3
<b>Aussen</b>	
▪ Erweiterter ISAF-Einsatz beschlossen	4
▪ Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen	4
<b>Landwirtschaft</b>	
▪ Waldzustandsbericht 2002	5
<b>Tourismus</b>	
▪ Tourismuspolitischer Bericht	5
<b>Finanzen</b>	
▪ Änderung Entschädigungsrecht	6
<b>Innen</b>	
▪ Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung	6

**Zitat**

"Der Finanzminister ist das Ekelpaket der Regierung – das ist in Ordnung so."  
Hans Eichel über das Ansehen des Bundesfinanzministers

**V O R W O R T****Liebe Genossin, lieber Genosse,**

in dieser Woche haben wir wichtige Entscheidungen zur Rentenreform getroffen und die ersten Gesetze dazu in 1. Lesung im Plenum beraten. Die Gesamtreform muss Impulse für die Sicherung und den Aufbau von Beschäftigung geben und die Alterssicherung zukunftsfest machen. Wachstum und Beschäftigung sind auch grundlegende Bedingungen, um die Gesetzliche Rentenversicherung langfristig zu sichern.

Dafür sollen alle Generationen ihren Beitrag leisten. Es bleibt bei unserem Versprechen: Die Beiträge der Beschäftigten dürfen in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation nicht steigen.

Wir haben in dieser Woche außerdem die Mitglieder der Kommission bundesstaatlicher Ordnung gewählt.

Eine gute nächste Woche wünscht

Eure Nina Hauer

**IMPRESSUM****Herausgeberin:**

SPD-Bundestagsfraktion  
Nina Hauer, MdB  
Parlamentarische Geschäftsführerin  
Platz der Republik 1  
110 11 Berlin

**Redaktion und Texte:**

Kerstin Villalobos  
Vera Nicolay  
Ulrike Fleischer  
Claudia Nussbauer

redaktion@spdfraktion.de  
Telefon: 030-227-53048

Redaktionsschluss: 24.10.2003, 11 Uhr

**S O Z I A L E S****Rentenreform**

Die Gesetzliche Rentenversicherung ist und bleibt die wichtigste Säule der Alterssicherung in Deutschland. Die Rente ist dann sicher und zukunftsfest, wenn sie finanzierbar ist. Eine sichere Rente setzt einen hohen Beschäftigungsstand voraus. Gerade um einen hohen Beschäftigungsstand zu erhalten und auch in Zukunft zu sichern, sind bezahlbare Beiträge unerlässlich.

Langfristig geht es um die Finanzierungsprobleme, die aus der steigenden Lebenserwartung und dem gleichzeitig ungünstiger werdenden Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentnern resultieren. Die Rentenbezugsdauer wird sich von 1960 bis 2030 in etwa verdoppeln. Gleichzeitig verschlechtert sich das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern: Dieses lag 1960 noch bei rund 5:1 und wird im Jahr 2030 bei rund 2:1 liegen.

Die Finanzen der Gesetzlichen Rentenversicherung müssen nachhaltig stabilisiert werden. Ziel der Reform ist es, dabei den Grundsatz der Solidarität der Generationen zu wahren. Das bedeutet, die Jüngeren nicht durch zu hohe Beiträge zu überfordern, aber auch das Vertrauen der Älteren in das Funktionieren der Gesetzlichen Rentenversicherung zu erhalten.

Am Freitag dieser Woche haben wir die Sofortmaßnahmen in 1. Lesung im Bundestag beraten.

**Zweites Änderungsgesetz VI. SGB**

Die Absenkung der Schwankungsreserve der Rentenversicherung von 50 auf 20 vom Hundert einer Monatsausgabe, die Aussetzung der Rentenanpassung im Juli 2004 und die Übernahme der Zahlung des vollen Beitragssatzes zur Pflegeversicherung durch die Rentner/innen

sind die Hauptbestandteile des zustimmungsfreien „Zweiten Gesetzes zur Änderung des VI. SGB“.

Im Gegenzug zu den Belastungen beim Beitrag zur Pflegeversicherung werden die Beitragsentlastungen in der Krankenversicherung zeitnäher an die Rentner weitergegeben als nach bisherigem Verfahren.

Die Kürzung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung durch das Haushaltsbegleitgesetz wird rückgängig gemacht.

**Drittes Änderungsgesetz VI. SGB**

Die Verschiebung des Rentenauszahlungstermins für Neurentner auf das Monatsende wird als eigenständiges zustimmungspflichtiges Gesetz im „Dritten Gesetz zur Änderung des VI. SGB“ geregelt.

**Mittel- und langfristige Maßnahmen**

Sicherung der nachhaltigen Finanzierungsgrundlagen

- Einführung Nachhaltigkeitsfaktor
- Orientierung der Rentenanpassungsformel am Bruttolohn
- Anhebung des faktischen Renteneintrittsalters
- Anhebung der Altersgrenzen für Renteneintritt wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit von 60 auf 63 Jahre
- Abschaffung der bewerteten Anrechnungszeiten bei schulischer Ausbildung
- die Schwankungsreserve wird zu einer „Nachhaltigkeitsrücklage“ aufgebaut

Organisationsreform der Rentenversicherung

- modernes Management der Rentenversicherungsträger

Neuregelung der Besteuerung von Altersvorsorge und Altersbezügen

- Steuerliche Entlastung der Beitragszahler – Besteuerung der Alterseinkünfte
- Vereinfachte Riester-Rente
- Abbau von Hemmnissen bei der betrieblichen Altersversorgung

**S O Z I A L E S****Integration Schwerbehinderter ins Berufsleben**

Am Freitag stand in 1. Lesung der Gesetzentwurf der Koalition zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen zur Debatte im Plenum. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode wurde, u.a. mit dem Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter, ein Meilenstein in Richtung Integration ins Berufsleben gesetzt.

Dank der bisherigen Gesetzesänderungen und einer breit angelegten Beschäftigungsinitiative zeigen sich nun – drei Jahre später – Verbesserungen für die Situation Schwerbehinderter. Die Koalition will diesen Weg weiter beschreiten.

**Erfolgreiche Integration wird fortgesetzt**

Der Gesetzentwurf enthält die Festlegung einer Beschäftigungsquote von fünf Prozent. In der letzten Gesetzesänderung wurde diese Quote von vorher sechs zunächst befristet um ein Prozent herabgesetzt, um die Motivation der Arbeitgeber bei der Beschäftigung zu steigern. Eine dauerhafte Senkung hing von dem Ziel einer 25%igen Reduzierung der Arbeitslosenquote innerhalb von drei Jahren ab. Mit etwa 24% weniger arbeitslosen Schwerbehinderten im Oktober 2002 wurde die Hürde nur knapp verfehlt, eindeutig ein Erfolg! Deshalb sieht der Gesetzentwurf eine Beibehaltung der verringerten Quote vor.

Ein weiterer Punkt ist der Ausbau der Integrationsfachdienste. Als Hauptansprechpartner für die Betriebe soll in den Integrationsämtern eine verbesserte Beratung und Information stattfinden, um eventuelle Einstellungshemmnisse zu beseitigen.

Der Gesetzentwurf wurde nun an den federführenden Ausschuss Gesundheit und Soziale Sicherung verwiesen.

**A K T U E L L E S T U N D E****Dosenpfand ökologisch sinnvoll**

Eine von der Unionsfraktion beantragte Aktuelle Stunde am Mittwoch bot Gelegenheit zu einer erneuten Debatte über das Dosenpfand. Die Redner der Koalition wiesen den Vorwurf, Umweltstaatssekretär Rainer Baake habe erklärt, die Vernichtung von Arbeitsplätzen durch das Dosenpfand sei politisch gewollt, als absurd und diffamierend zurück. Diese Behauptungen hatte das Ministerium bereits eine Woche zuvor zurückgewiesen.

SPD und Grüne nutzten die Gelegenheit, noch einmal die Verweigerungshaltung der Union und von Teilen des Handels und der Industrie in Sachen Dosenpfand anzuprangern.

**Pfand ist gut für die Umwelt**

Auch das EU-Verfahren zum Dosenpfand bedeute keine Infragestellung der Regelung, betonte Umweltminister Jürgen Trittin. Vielmehr habe die zuständige EU-Kommissarin Wallström erklärt, die Kommission sei nicht gegen das Pfandsystem. Es sei gut für die Umwelt.

Ulrike Mehl, umweltpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, rief die Union zu verantwortlichem Handeln auf. Sie warf der Opposition vor, die Pfandregelung im Bundesrat "auszusitzen". Einen eigenen Vorschlag für eine ökologisch sinnvolle Verpackungsregelung habe die Opposition ebenfalls nicht vorgelegt. Vielmehr sei die nun in Kraft gesetzte Verpackungsregelung, das so genannte "Töpfer-Pfand" von der Kohl-Regierung erdacht worden.

Ulrike Mehl forderte Union und FDP auf, ihren Beitrag dazu zu leisten, dass die neue Verpackungsverordnung im Bundesrat beschlossen werden kann. "Wenn Sie das tun, dann hätten Sie endlich einmal etwas Konstruktives getan", rief sie der Opposition zu.

**A U S S E N****Erweiterter ISAF-Einsatz beschlossen**

**Der Deutsche Bundestag hat am Freitag mit großer Mehrheit der Ausweitung des Einsatzes der Internationalen Sicherheitsunterstützungsgruppe für Afghanistan (ISAF) zugestimmt.**

Der UN-Sicherheitsrat hatte am 13. Oktober einstimmig eine von Deutschland eingebrachte Resolution verabschiedet, nach der ISAF-Soldaten nicht nur in Kabul, sondern darüber hinaus einsetzbar sein sollen. Derzeit ist der Einsatz der 1.800 deutschen Soldaten auf die Hauptstadt Kabul begrenzt.

Die 230 bis 450 zusätzlichen Bundeswehrsoldaten sollen jetzt den Wiederaufbau in Kunduz absichern. Zunächst soll ein Vorauskommando mit 70 Soldaten in die nordafghanische Region entsandt werden. Die komplette Bundeswehreinheit soll im Frühjahr in Kunduz stationiert sein.

**Einsatz erstmals unter dem Dach der UN**

Bislang arbeiteten alle Wiederaufbauteams unter dem Anti-Terror-Mandat „Enduring Freedom“. Das deutsche Team wird als erstes nach dem Beschluss des UN-Sicherheitsrats unter dem Kommando der Internationalen Schutztruppe in Afghanistan (ISAF) stehen und damit unter UN-Dach operieren.

**Ziele des Einsatzes in Kunduz**

Afghanistan ist nach dem Krieg gegen die radikal-islamischen Taliban vom Winter 2001 im Wiederaufbau begriffen. Die Autorität der Übergangsregierung ist noch immer stark eingeschränkt. Die regionalen Wiederaufbauteams in Afghanistan sollen mehr Sicherheit in die Provinzen tragen und den Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes vorantreiben. Sie sollen auch die im Juni 2004 geplanten ersten freien Wahlen in Afghanistan absichern.

**A U S S E N****Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen**

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Grüne setzen sich weiterhin für multilaterale, rechtlich-verbindliche Abkommen zur Kontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen ein. Ein Kernanliegen zukünftiger Abrüstungspolitik muss die Sicherung von atomaren, chemischen oder biologischen Stoffen vor unbefugtem Zugriff z.B. durch Terroristen sein.

**Abrüstung und kooperative Rüstungskontrolle**

Die vorhandenen Maßnahmen zur Rüstungskontrolle müssen gestärkt werden und multilaterale Abkommen auf alle Staaten ausgeweitet werden. Die Gefahr des Missbrauchs technologischer Entwicklungen erfordert neue, moderne Kontrollinstrumente. Versuche, die Einhaltung von vertraglichen Regeln gewaltsam und außerhalb des Völkerrechts durchzusetzen, zerstören dabei eine Grundlage kooperativer Rüstungskontrolle.

**Vermittlungserfolge im Iran begrüßt**

In der Abrüstungsdebatte würdigten alle Fraktionen den europäischen Vermittlungserfolg im Atomstreit mit Iran als vorbildhaft für das Bemühen um nukleare Rüstungskontrolle. Außenminister Joschka Fischer und seine britischen und französischen Amtskollegen hatten am Montag die iranische Regierung zur Gewährung weitgehender Atomkontrollen bewegt.

Uta Zapf sagte, das Modell der Vermittlungsdiplomatie im Iran könne auch als Vorbild für die Lösung des Streits um das Atomprogramm in Nordkoreas dienen. Das Einlenken Irans sei ein „großartiger Erfolg einer weisen Dialog- und Verhandlungsdiplomatie“.

**LANDWIRTSCHAFT****Waldzustandsbericht 2002**

Damit die Wälder ihre vielfältigen Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen nachhaltig erfüllen können, müssen sie ökologisch stabil sein. Mit einer naturnahen Waldbewirtschaftung können Wälder eine hohe Widerstandskraft gegen Witterungsextreme, Schaderreger und Schadstoffeinträge entwickeln und produktiv bewirtschaftet werden.

Das Schadniveau ist seit 1995 nahezu unverändert. Während sich die Luftqualität verbessert hat, ist – gemessen an der Belastbarkeit der Ökosysteme – noch kein befriedigender Zustand erreicht worden.

Nach dem letzten, sehr trockenen Sommer in Deutschland ist abzusehen, dass sich die Situation des deutschen Waldes kaum verbessern wird. Ganze Kulturen und Jungbestände sind abgestorben, andere durch massenhaftes Auftreten der Borkenkäfer geschädigt.

**Die Bundesregierung wird u.a. aufgefordert**

- Schadstoffemissionen weiter zu reduzieren
- die Nutzung erneuerbarer Energien, gerade auch von Biomasse zu fördern
- die Forstwirtschaft betreffende Gesetze in dem Bundeswaldgesetz zu vereinfachen
- verbindliche Mindeststandards für die naturnahe Waldbewirtschaftung zu definieren
- eine kontrolliert ökologisch-soziale Waldzertifizierung zu unterstützen
- das 5-Punkte-Programm zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes umzusetzen.

Außerdem sollen die Bedingungen für die Forst- und Holzwirtschaft verbessert werden. Dazu wird die Bundesregierung im Dezember die Ergebnisse der Arbeitsgruppen „Charta Holz“ präsentieren. Mehr als 700.000 Arbeitsplätze hängen an diesem wichtigen Wirtschaftszweig. Das sind mehr als in der chemischen Industrie, im Kohlebau und in der Stahlerzeugung zusammen.

**TOURISMUS****Tourismuspoltischer Bericht**

Der Tourismus zählt zu den wirtschaftlichen Schwergewichten unserer Volkswirtschaft. Er trägt zu mehr als einem Zwölftel zum Bruttoinlandsprodukt bei. Rund 2,8 Millionen Arbeitsplätze hängen direkt und indirekt vom Tourismus ab. Über 100.000 junge Menschen finden in der Tourismuswirtschaft ihren Ausbildungsplatz.

Die deutsche Tourismuswirtschaft ist weitgehend mittelständisch geprägt. Reiseveranstalter, Busunternehmen, Campingplatzbetreiber, Hotels und Gastronomiebetriebe stellen das Gros der touristischen Betriebe. Unter den internationalen tätigen Reiseveranstaltern sind aber auch Touristikkonzerne, die zu den weltgrößten Tourismusunternehmen gehören.

**Tourismuspoltik**

Eckpfeiler der Tourismuspoltik ist die Bewerbung Deutschlands als Reise- und Urlaubsziel im Ausland. Zu den wirtschaftspolitischen Gestaltungsfeldern, die die Tourismuswirtschaft maßgeblich betreffen, zählt neben der Steuerpolitik vor allem die allgemeine Mittelstandspolitik. Speziell der Tourismuswirtschaft zugute kommen die im Bundeshaushalt vorgesehenen Mittel für die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) und zur „Leistungssteigerung im Tourismusgewerbe“.

**Ziele und Instrumente**

Die Zuwendungen für die Tourismuszentrale dienen der Präsentation Deutschlands als Urlaubs- und Reiseland. Mit den Haushaltsmitteln für die Leistungssteigerung werden u.a. folgende Ziele verfolgt:

- Qualität der touristischen Produkte verbessern;
- Qualifikation der Beschäftigten erhöhen;
- bei Strukturveränderungen Hilfestellung geben und
- mehr Nachhaltigkeit und im Tourismus erreichen.

**F I N A N Z E N****Änderung Entschädigungsrecht**

Im Gesetzentwurf zur Änderung des Entschädigungsgesetzes (15/1180) geht es u.a. um Ansprüche auf Entschädigung und Ausgleichsleistungen, die im Zusammenhang mit Enteignungen in der DDR entstanden sind. Sie sollen ab 2004 nicht mehr durch die Zuteilung von Schuldverschreibungen, sondern durch Geldzahlungen erfüllt werden, um die Verfahren zu beschleunigen.

**Änderungen:**

- Im Mittelpunkt steht die Übertragung von Aufgaben der Bundesländer im Bereich der Wiedergutmachung von NS-Unrecht auf den Bund.
- Die Zuständigkeit für diese Verfahren soll ab dem 1. Januar 2004 auf das Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen übergehen. Die Zuständigkeit für die Entscheidungen über Rückgabe oder Entschädigung von Vermögenswerten, die im Beitrittsgebiet zwischen 1945 und 1949 (Ausgleichsleistungsgesetz) sowie nach 1949 (Vermögensgesetz, Entschädigungsgesetz) entzogen wurden, verbleibt bei den Bundesländern.
- Mit dem Gesetz zur Regelung in der DDR nicht erfüllter Entschädigungsansprüche soll ein Verwaltungsverfahren zur Regelung der sog. steckengebliebenen Entschädigungen eingeführt werden.
- Über diese Kernpunkte hinaus enthält das Gesetz u. a. eine Anpassung der Verzinsungsregelungen des Entschädigungsgesetzes an den verlängerten Zeitrahmen der Durchführung des EALGs, die Klarstellung von Vorschriften, sowie die Aufhebung von Regelungen, für die kein Bedarf mehr besteht.

**Ziel**

Durch die Änderungen im Verwaltungsverfahren und in der –organisation wird ein Abschluss der Verfahren bis spätestens 2010 angestrebt.

**I N N E N****Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung**

Die Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung soll die Kompetenzen von Bund und Ländern in der Bundesgesetzgebung und den Finanzbeziehungen zwischen beiden entflechten und die Zuständigkeiten bei den Gesetzgebungskompetenzen eindeutig zuordnen. Die wenig durchschaubaren Verfahren sollen klarer und transparenter gestaltet werden. Zudem soll die bundesstaatliche Ordnung europafest gemacht werden.

Die Kommission wird sich am 7. November konstituieren.

**Mitglieder der Fraktion gewählt**

In ihrer Sitzung am Donnerstagabend hat die Fraktion ihre Mitglieder für die Kommission gewählt.

**Vorsitzender** der Kommission vonseiten des Bundestages wird Franz Müntefering. Der Bundesrat benennt den bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (CSU) als Ko-Vorsitzenden. Sprecher der SPD-Fraktion in der Kommission ist Volker Kröning.

Als weitere **Mitglieder** wurden gewählt:

- Hermann Bachmaier
- Hans-Joachim Hacker
- Ortwin Runde
- Wilhelm Schmidt
- Angelica Schwall-Düren und
- Erika Simm.

**Stellvertretende Mitglieder** sind:

- Bernd Scheelen
- Nicolette Kressl
- Ludwig Stiegler
- Dieter Wiefelspütz
- Ingrid Arndt-Brauer
- Axel Schäfer
- Joachim Stünker und
- Klaus Uwe Benneter.